

11. April, im Auftrag gegeben von der englischsprachigen Zeitung *South China Morning Post* (SCMP) und der chinesischsprachigen *Ming Pao*. Von den 1.075 Befragten äußerten sich 78% optimistisch über die Zukunft Hongkongs, etwas weniger als die 80% im Januar. Für 64% der Befragten gilt die Wohnungsfrage als die wichtigste Aufgabe der künftigen Regierung nach dem Machtwechsel; 23% geben der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und 12% der Sozialhilfe für alte Bürger die politische Priorität. 57% erwarten ein Weiterbestehen der wirtschaftlichen Prosperität auf dem bisherigen Niveau und 25% glauben sogar an eine Steigerung; 51% sind von einer Aufrechterhaltung der Stabilität überzeugt und 34% befürchten eine Störung. Als allgemeiner Vertrauensbarometer für die Bevölkerung ist der wirtschaftliche Index im ersten Quartal d.J. gegenüber dem Vorquartal bei 93 Punkten geblieben, während der politische Index bei demselben Vergleich um einen Punkt auf 94 gefallen ist. (SCMP, 28.4.97)

Nach einer weiteren vom Institut Asian Commercial Research zwischen 8. und 11. April durchgeführten Meinungsumfrage im Auftrag der SCMP ist die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem designierten Regierungschef nach dem Machtwechsel, Tung Chee-hwa (Dong Qihua), von 57% im Februar auf 55% etwas gesunken, die Unzufriedenheit jedoch von 17% auf 20% gestiegen. 45,3% der 586 Befragten haben "wenig Vertrauen" in ihm, weit mehr als 30,2% im Februar. Die Zuversicht der Befragten über seine positiven Leistungen für Hongkong nach dem Machtwechsel ist von 75,2% auf 64,6% zurückgegangen und die Zweifel daran von 16,1% auf 25,4% gestiegen.

Die gestiegene Unzufriedenheit mit Tung ist offenbar auf seine Unterstützung der Politik Beijings zur Einschränkung der Bürgerrechte in Hongkong nach dem Machtwechsel zurückzuführen. Am 9. April hat sein Büro ein Dokument über Gesetzesänderungen für öffentliche Konsultationen veröffentlicht. Danach ist für die Gründung einer Gesellschaftsorganisation und die Veranstaltung von Demonstrationen eine Genehmigung der Behörde erforderlich. Verbindungen politischer Parteien mit dem Ausland sollen in Zukunft verboten werden. (SCMP, 14.4.97) -ni-

Sebastian Heilmann

Hongkong und die VR China:

Vier Dimensionen der Integration

Ende November 1996 kam es im Hongkonger *High Court* zu einem Vorfall, der von manchen Hongkongern als böses Omen für die kommende Zeit unter chinesischer Herrschaft verstanden wurde. Im *High Court* herrschen strenge Sitten: Besucher müssen leise sprechen und dürfen nicht fotografieren. Diese Regeln galten als selbstverständlich - bis im November 1996 eine vierzigköpfige Touristengruppe aus der VR China (darunter chinesische Richter und Anwälte, die aus professionellem Interesse gekommen waren) das Gericht heimsuchte: Die chinesischen Besucher zogen lärmend und laut lachend durch das Gerichtsgebäude, überstiegen in einem gerade ungenutzten Gerichtssaal die Gerichtsschranken, machten es sich im Sessel des Vorsitzenden Richters bequem, durchforsteten dort vorbereitete Gerichtsdokumente und verließen trotz wiederholter Aufforderungen den Gerichtssaal nicht eher, bis alle ein Erinnerungsfoto aufgenommen hatten. Bedenklich an diesem Vorfall war aus der Sicht des Gerichtspersonals vor allem, daß die im Gebäude üblichen Verhaltensregeln zuvor detailliert erklärt worden waren, sich die Besucher aber über diese Vorschriften einfach hinwegsetzten (SCMP, 23.11.1996).

Wenn diese Episode ein Vorgeschmack auf das Verhalten der neuen Herrscher in Hongkong sein sollte, dann stünde es tatsächlich schlecht um die angehende Sonderverwaltungsregion (SVR). Wird sich Beijing an die Regeln der britisch-chinesischen "Gemeinsamen Erklärung" von 1984 und des "Grundgesetzes für die Sonderverwaltungsregion Hongkong" von 1990 halten? Oder werden sich die Beijinger Mächtigen über diese Regeln in Hongkong genauso unbedenklich hinwegsetzen wie jene Besuchergruppe im *High Court*?

Von der Entwicklung in Hongkong wird in den westlichen Medien häufig ein düsteres Bild vermittelt. Einige Pessimisten sehen die Panzer der Volksbefreiungsarmee schon durch Hongkong rollen: Unter chinesischer Herrschaft würden nicht nur die Freiheitsrechte mit Füßen getreten; vielmehr werde die Fäulnis der Korruption auch das Hongkonger Wirtschafts- und Rechtssystem rasch zersetzen. Ganz im Gegensatz zu solchen beängstigenden Szenarien sehen Optimisten, die sich vor allem unter Unternehmern finden, großartige neue Chancen: Das Hongkonger Modell werde infolge des Machtwechsels noch stärker an Ausstrahlungskraft nach China hinein gewinnen; Hongkong werde als internationaler Finanzplatz für ganz China eine sprunghafte Aufwertung erfahren und könnte Tokyo und Singapur in absehbarer Zeit als führendes Finanz- und Handelszentrum Ostasiens hinter sich lassen.

Um die wirtschaftlichen und politischen Perspektiven Hongkongs unter chinesischer Herrschaft nüchtern einschätzen zu können, sollen im folgenden Beitrag vier meist nicht deutlich unterschiedene Dimensionen der Integration zwischen Hongkong und der VR China dargelegt werden, die in ihren Widersprüchen und Wechselwirkungen die Zukunftschancen der Sonderverwaltungsregion entscheidend bestimmen:

- * Die *politische Integration* wird geprägt durch die Beziehungen zwischen der Hongkonger Exekutive (bislang repräsentiert durch den britischen Gouverneur der Kronkolonie, künftig durch den Verwaltungsdirektor der SVR) und den verschiedenen Organen der Beijinger Hongkong-Politik sowie durch die politischen Aktivitäten von regierungsunabhängigen gesellschaftlichen Kräften in Hongkong.
- * Die *ökonomische Integration im kantonesischen Wirtschaftsraum* wird durch Unternehmer und Investoren aus Hongkong sowie durch lokale Verwaltungen in der südchinesischen Provinz Guangdong seit Ende der siebziger Jahre vorangetrieben. Als ökonomisches Zentrum des dynamischen kantonesischen Wirtschaftsraums und aufgrund chinaweiter unternehmerischer Aktivitäten hat Hongkong in vielen Bereichen des chinesischen Wirtschafts- und Rechtssystems die Funktion eines Leitbildes für die institutionelle Modernisierung gewonnen.
- * Die *soziokulturelle Integration* wird im wesentlichen durch die Hongkonger Medien-, Konsum- und Popkultur bestimmt. Sie hat Hongkong zu einem kulturellen "Trendsetter" nicht nur im kantonesischen Sprachraum, sondern auch in nördlicheren Regionen Chinas werden lassen. Anzeichen für eine soziokulturelle "Hongkongisierung" Südchinas sind in dieser Hinsicht unverkennbar.
- * Die *politisch-ökonomische Integration Hongkongs in ein System des "Kaderkapitalismus"* wird durch die mannigfaltigen Aktivitäten von Staatsunternehmen und "Kaderunternehmern" aus der VR China angestoßen. Die Ausweitung politisch-wirtschaftlicher Strukturen aus der VR China auf Hongkong bereitet einer Verquickung von politischer Macht und unternehmerischen Aktivitäten den Boden, die bislang in Hongkong unbekannt war.

Die aktuellen politischen Aspekte des Machtwechsels in Hongkong stehen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und bilden auch den Untersuchungsschwerpunkt der folgenden Abhandlung. Die dichten soziokulturellen und ökonomischen Verflechtungen zwischen Hongkong und der VR China aber, die das Resultat einer nun fast zwanzigjährigen wechselseitigen Einwirkung darstellen, haben ebenfalls eine große Bedeutung für die Richtung der künftigen Entwicklung und werden deshalb im Anschluß an die politischen Aspekte in ihren Grundzügen erörtert. Es wird deutlich werden, daß der Souveränitätswechsel eine tiefgreifende Herausforderung nicht nur für Hongkong, sondern auch für Beijing darstellt.

Politische Integration: Eine "Neu-Kolonisierung" Hongkongs?

Zwei Dokumente sind von grundlegender Bedeutung für die künftige Ausgestaltung der Regierungsordnung in Hongkong: die "Gemeinsame Erklärung" der Regierungen

des Vereinigten Königreiches und der VR China von 1984 (für den Wortlaut siehe in den Literaturangaben: Joint Declaration 1984) sowie das 1990 einseitig vom chinesischen Nationalen Volkskongreß verabschiedete "Grundgesetz für die Sonderverwaltungsregion Hongkong der VR China" (Basic Law 1990).

Regelungen zur Übernahme Hongkongs durch die VR China

Die Abtretung der Kronkolonie wurde zwischen London und Beijing ohne eine Befragung der Hongkonger ausgehandelt. Es wurde also - ganz in der autoritären Tradition der britischen Kolonialverwaltung in Hongkong und auch ganz im Sinne Beijings - kein Selbstbestimmungsrecht für die Hongkonger Bürger geltend gemacht. Die "Gemeinsame Erklärung" und ihre Anhänge stellen trotz des irreführenden Titels einen bindenden internationalen Vertrag dar, der bei den Vereinten Nationen hinterlegt ist. Damit handelt es sich bei der Sonderverwaltungsregion Hongkong für den in der "Gemeinsamen Erklärung" festgelegten Zeitraum von 50 Jahren (1997-2047) um ein durch völkerrechtliche Garantien geschütztes Regime (*internationally protected regime*). Nach Ablauf dieser Zeit jedoch liegt die Gestaltung der Regierungs- und Rechtsordnung Hongkongs im Belieben der chinesischen Regierung (Ress 1988).

Welche Grundstrukturen der Regierungsordnung werden in den beiden Dokumenten entworfen? Grundlage für die Verhandlungen über Hongkongs Zukunft war die Formel, die Deng Xiaoping für die "Heimkehr Hongkongs" (*Xianggang de huigui*) propagiert hatte: "Ein Land, zwei Systeme". Ziel der Neuordnung Hongkongs unter chinesischer Souveränität sollte die Wahrung von Prosperität und Stabilität über 1997 hinaus bleiben. Beijing machte auf den ersten Blick beachtliche politische Zugeständnisse:

- * Das "kapitalistische System" und die "Lebensweise" in Hongkong werden auf 50 Jahre garantiert.
- * Hongkong soll einen "hohen Grad an Autonomie" (*gaodu zizhi*) in der Wirtschafts- und Finanzpolitik genießen.
- * Die Rechtsprechung nach *Common Law* wird beibehalten.
- * Es wird keine Steuerabführungen an die Beijinger Zentralregierung geben.
- * Der Hongkong-Dollar bleibt als eigenständige Währung erhalten.

Sieht man sich jedoch über diese grundsätzlichen Vereinbarungen hinaus den Text des "Grundgesetzes für die SVR Hongkong" genauer an, so finden sich zahlreiche Einfalls-tore für Beijinger Interventionen:

- * Der künftige Verwaltungsdirektor (*xingzhengzhang-guan*) der SVR wird durch ein von Beijing einzusetzendes Gremium gewählt und schlägt die Spitzenbeamten seiner Verwaltung Beijing zur Ernennung vor (dies ist Ende 1996 mit der Wahl von Tung Chee-hwa [Dong Jianhua] zum Verwaltungsdirektor geschehen, der mit Billigung Beijings nahezu sämtliche Spitzenkräfte der derzeitigen Hongkonger Verwaltung in seine Administration übernehmen wird).

- * Beijing nimmt die Außen- und Verteidigungspolitik Hongkongs wahr und stationiert chinesische Militäreinheiten in der SVR (eine zehntausend Mann starke Garnison der Volksbefreiungsarmee ist vorgesehen, Voreinheiten sind schon seit April 1997 in Hongkong eingetroffen).
- * Darüber hinaus müssen in der SVR Gesetze gegen Landesverrat und politische Subversion erlassen werden; nationale Ausnahmegesetze der VR China werden auch in der SVR anwendbar sein (über diese Fragen wird in Hongkong seit Frühjahr 1997 heftig diskutiert, nachdem Beijing unter anderem gefordert hatte, daß es von Juli an verboten sein müsse, von Hongkong aus "Gerüchte und Lügen" über die Beijinger Regierung zu verbreiten).
- * Das Grundgesetz für die SVR Hongkong wird künftig vom Ständigen Ausschuß des chinesischen Nationalen Volkskongresses (NVK) ausgelegt und ist durch das NVK-Plenum mit einfacher Mehrheit abzuändern. Darüber hinaus kann der Ständige Ausschuß des NVK solche Hongkonger Gesetze und Verordnungen außer Kraft setzen, die aus chinesischer Sicht nicht mit dem Grundgesetz kompatibel sind (tatsächlich haben das Vorbereitungskomitee für die SVR Hongkong und der Ständige Ausschuß des NVK Anfang 1997 die Annullierung oder Revision von insgesamt 24 unter der Hongkonger Kolonialverwaltung verabschiedeten Verordnungen angekündigt; *Fazhi Ribao*, 21.1.1997; *Renmin Ribao*, 24.2.1997).

Das politische Erbe der britischen Kronkolonie: 1984 als Beijings Standardjahr

Das britische Kolonialverwaltungssystem in Hongkong ist Maßstab und Voraussetzung der künftigen politischen Ordnung. Es handelte sich um ein ganz auf den von London eingesetzten Gouverneur zugeschnittenes System. Der Chef der Kolonialverwaltung verfügte über weitreichende Vollmachten in der Ausübung seines Amtes. Auch die Einzelheiten der Institutionenordnung und der politisch-administrativen Verfahrensregeln unterlagen seiner Gestaltungsbefugnis. Die Gewaltenteilung blieb zumindest bis zu den Patten'schen Reformen schwach entwickelt: Das *Legislative Council* (chinesisch: *lifaju*) blieb lange Zeit auf die Rolle eines Beratungsorgan des Gouverneurs beschränkt, ein Großteil der Mitglieder wurde noch Ende der achtziger Jahre vom Gouverneur ernannt oder war nur indirekt gewählt. Eine solche Regierungsordnung war aus der Sicht Beijings, als man die Verhandlungen mit London über Hongkongs Zukunft 1982 bis 1984 führte, ohne weiteres mit den eigenen Herrschaftsvorstellungen vereinbar: eine starke Exekutive, keine Gewaltenteilung, keine Volkswahlen, kurz: ein scheinbar günstiges Umfeld für die Eingliederung in die VR China.

Beijing übersieht bis heute jedoch geflissentlich, daß der Hongkonger Gouverneur stets dem britischen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig blieb und Hongkong deshalb nach Prinzipien der britischen Demokratie regiert wurde, auch wenn die entsprechenden Institutionen vor Ort fehlten. Die Hongkonger Bevölkerung genoß weitgehende bürgerliche und politische Freiheiten (etwa Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit; Hongkong entwickelte eine der interessantesten Presselandschaften in Ostasien), ohne daß formal eine demokratische Verfassungsordnung

bestanden hätte. So läßt sich das Hongkonger Kolonialsystem im Rückblick als "offene Autokratie" bezeichnen, die trotz des Fehlens demokratischer Konkurrenzahlen beträchtliche politische Freiheitsräume bot: "freedom without democracy".

Forderungen nach stärker formalisierten Formen der Demokratie wurden bis in die achtziger Jahre hinein nur gelegentlich laut: In der schwach integrierten Gesellschaft Hongkongs, die sich zum größten Teil aus Flüchtlingen oder sonstigen Einwanderern zusammensetzt, fehlten lange Zeit die Voraussetzungen für die Bildung von Organisationen, die nach politischer Verantwortung für das Ganze strebten. Mit der Einleitung weitergehender Demokratisierungsschritte wartete die britische Kolonialregierung bis in die achtziger Jahre hinein, und das erwies sich in den Auseinandersetzungen mit Beijing insbesondere nach 1992 als schwerwiegendes Versäumnis: Beijing beharrte auf der politischen Ordnung, die es 1984, als die britisch-chinesische "Gemeinsame Erklärung" unterzeichnet und als völkerrechtlich bindender Vertrag bei den Vereinten Nationen hinterlegt wurde, in Hongkong vorfand. Die Wahlrechtsreformen unter dem letzten Hongkonger Gouverneur Patten waren aus der Sicht Beijings ein Verstoß gegen die Abmachungen von 1984 und ein Versuch, die reibungslose Überführung einer autoritär regierten Kronkolonie in eine ebenso autoritär regierte Sonderverwaltungsregion der VR China zu sabotieren.

Im Hinblick auf die politische Ordnung der SVR Hongkong ist 1984 das ausschlaggebende Stichjahr für Beijing: Alle Liberalisierungs- und Demokratisierungsschritte, die von der britischen Kolonialverwaltung nach diesem Zeitpunkt unternommen wurden, sind aus chinesischer Sicht inakzeptabel und reversibel. Die chinesischen Revisionswünsche im Hinblick auf Hongkonger Gesetze und Verordnungen beziehen sich deshalb besonders auf die Gesetzgebung der Jahre nach 1984.

Politische Reformen in Hongkong seit 1992 und Chinas Gegenmaßnahmen

Um eine willkürliche Herrschaftsausübung der chinesischen Machthaber in Hongkong gleichsam präventiv einzudämmen, unternahm die britische Kolonialverwaltung in Hongkong mit dem Eintreffen des achtundzwanzigsten und letzten Gouverneurs Patten im Herbst 1992 den Versuch eines "Ausbaus der Demokratie im Rahmen des Grundgesetzes der SVR". Erklärte Ziele waren die Stärkung des Legislativrats (Ende des Ernennungssystems, Erhöhung der Zahl direkt gewählter Abgeordneter), die Reduzierung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre, die Demokratisierung der Wahlen innerhalb der berufsständischen Wahlkreise (*functional constituencies*).

Diese Vorstöße trafen mit Ausnahme der Absenkung des Wahlalters auf heftigsten Widerstand aus Beijing. Die chinesische Führung befürchtete durch solche Reformen eine Erschwerung ihrer Machtausübung in Hongkong und eine grundlegende politische Gewichteverschiebung im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative. Die Legislative (die künftig im Chinesischen nicht mehr *lifaju* wie unter britischer Herrschaft, sondern *lifahui* heißen wird, wobei die offizielle englische Übersetzung *Legislative Council* auch für den neuen Terminus beibehalten wurde), so

Beijing, müsse aus Gründen der "Konvergenz mit den Vorgaben des Grundgesetzes" auf eine Rolle als Konsultativorgan des Leiters der Exekutive beschränkt bleiben. Folgerichtig erkannte Beijing die Wahlen zum Legislativrat 1995, als chinakritische Parteien und Kandidaten mehr als die Hälfte der 60 Sitze erringen konnten und viele chinafreundliche Kandidaten demütigende Niederlagen erlitten (bei einer Wahlbeteiligung von nur 36%), nicht an und berief Ende 1996 eine zweite "Provisorische Legislative" (*linshi lifahui*) ein, die zunächst von Shenzhen aus und von Juli 1997 an in Hongkong (bis zu Neuwahlen im Jahre 1998) die Gesetzgebung im Sinne Beijings auf den Weg bringen soll. Die demokratische Opposition blieb von der Beteiligung in dieser konkurrierenden Legislativversammlung ausgeschlossen. Immerhin gehören aber 33 von 60 Mitgliedern des gewählten Hongkonger Legislativrates zugleich auch der "Provisorischen Legislative" an (AWSJ, 23.12.1996), so daß zumindest eine partielle personelle Übereinstimmung und Arbeitskontinuität über den 30. Juni hinaus gewährleistet ist.

Die politische Passivität der Hongkonger Bevölkerungsmehrheit

Mit dem wachsenden politischen Druck Beijings und der sich vertiefenden wirtschaftlichen Integration zwischen China und Hongkong sind die Kräfte der politischen Gravitation zu China hin seit den achtziger Jahren immer stärker worden. Sie zeigen sich deutlich etwa in der Selbstzensur der Hongkonger Medien in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den künftigen Machthabern, in der stillschweigenden oder offenen Unterstützung Beijings durch Hongkonger Wirtschaftsführer, in der politischen Apathie weiter Bevölkerungsteile (die Wahlbeteiligung lag seit 1991 in allen Fällen deutlich unter 40%) sowie in der zusehends begrenzteren Artikulierung und Organisation politischer Opposition gegen Beijing (1997 nahmen bei Protesten gegen die Beijinger Hongkong-Politik oft nur noch zwischen 20 und 200 Demonstranten teil, während sich 1995 etwa zum Gedenken der Opfer des 4. Juni noch 20.000 Hongkonger eingefunden hatten; SCMP, 2.1.1997 bzw. 5.6.1995).

Es stellt sich die nüchterne Frage, ob die Mehrzahl der Hongkonger den Hang-Seng-Index und die mit dem China-Boom gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht doch mehr liebt als das Recht auf freie Meinungsäußerung und faire Wahlen, für die sich nur recht wenige einsetzen. Es ist aus westlicher Sicht wichtig, sich klar zu machen, daß die Hongkonger Gesellschaft viel weniger politisiert ist als westliche Gesellschaften (Kuan/Lau 1995) und *daß es sich bei Hongkong nicht um ein konsolidiertes politisches Gemeinwesen handelt, sondern um eine hochmobile Wirtschaftsmetropole*, deren Einwohner als ehemalige Flüchtlinge und Zuwanderer meist nur eine lose Bindung an die Stadt aufweisen. Die westlichen Medien präsentieren vornehmlich Interviews mit Protagonisten der Hongkonger demokratischen Opposition. Diese couragierten Demokraten vertreten Positionen, die im Westen auf große Sympathie treffen, aber deshalb noch keineswegs die Mehrheitsmeinung der Hongkonger Bevölkerung repräsentieren.

Neuere Umfragen geben ein widersprüchliches Bild des Zukunftsvertrauens unter der Hongkonger Bevölkerung und ihrer Grundhaltung gegenüber den neuen Machtha-

bern. Ein Blick auf die Auswanderungsstatistik macht jedoch deutlich, daß panikartige Flucht- und Auswanderungsreaktionen, wie sie in den Jahren nach 1989 zu beobachten waren, jüngst nicht mehr zu erkennen sind. Die Zahl der Emigranten ist 1996 wieder auf das Niveau der Jahre vor den blutigen Beijinger Ereignissen von 1989 zurückgegangen (siehe Tabelle "Auswanderung aus Hongkong").

Auswanderung aus Hongkong

Jahr	Personenzahl
1996	40.300
1995	43.100
1994	61.600
1993	53.400
1992	66.200
1991	59.700
1990	61.700
1989	42.000
Hongkonger mit ausländischem Paß insgesamt:	ca. 496.000 (ca. 8% der Bevölkerung)

Quelle: SCMP, 15.2.1997/14.3.1997.

Die sinkenden Zahlen verdeutlichen, daß diejenigen, die kein Zutrauen in die künftige Regierung haben, bereits ausgewandert sind. Anfang 1997 besaßen acht Prozent der Hongkonger (knapp 500.000 Personen) einen ausländischen Paß, weitere drei Prozent der Bevölkerung haben entsprechende Anträge gestellt. 53% aller Hongkonger haben im Ausland lebende Verwandte, auf die sie sich im Falle einer plötzlich erforderlich werdenden Ausreise stützen könnten. Viele der Emigranten sind vor dem Datum der Übergabe sogar nach Hongkong zurückgekehrt, um sich ihren Status als "ständige Einwohner" Hongkongs trotz des ausländischen Passes zu sichern. Außerdem sind viele der im Westen lebenden Emigranten mit den dortigen wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten nicht zufrieden; sie zieht es in das dynamische Umfeld Hongkongs zurück. Viele Emigrationsfälle der jüngsten Zeit sind nach Einschätzung der zuständigen Hongkonger Behörden zudem auf Familienzusammenführungen, weniger aber auf politische Motive zurückzuführen (SCMP, 15.2.1997/14.3.1997).

Offenkundig herrschen in der Hongkonger Bevölkerung entweder ein tiefes Mißtrauen oder eine abwartende Haltung gegenüber den neuen Machthabern vor. Die Endzeitstimmung aber, die in westlichen Medien angesichts des Machtwechsels immer wieder beschworen wird, hat nur einen sehr kleinen Teil der Hongkonger Bevölkerung ergriffen.

Institutionen und Kontrollstrukturen der chinesischen Hongkong-Politik

Die politische Einflußnahme Beijings in der Kronkolonie war lange Zeit geheimnisumwittert und trug alle Kennzeichen einer politischen Untergrundorganisation. Seit den fünfziger Jahren hatte die Kommunistische Partei Chinas

in Hongkong, wo sie als Organisation nicht legal operieren durfte, inoffizielle politische Kontrollstrukturen aufgebaut. Im Zuge der Intensivierung des Konflikts mit London wurden diese Parallelstrukturen zur Kolonialverwaltung in den neunziger Jahren beschleunigt ausgebaut.

Während im Verhältnis zwischen der Beijinger Machtzentrale und den innerchinesischen Provinzfürhungen sich seit den achtziger Jahren eine starke Tendenz zur Dezentralisierung durchsetzte, weisen Beijings Kontrollstrukturen im Hinblick auf Hongkong einen hochzentralisierten Charakter auf. In den Augen der Beijinger Führung handelt es sich bei der Übernahme Hongkongs um eine erstrangige nationale Frage, die unmittelbare Bedeutung nicht nur für die innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas, sondern auch für den internationalen Status der Volksrepublik und für die Perspektiven der Wiedervereinigung mit Taiwan besitzt.

Die Entscheidungs- und Weisungsbefugnis in der chinesischen Hongkong-Politik (siehe Schaubild "Die politischen Beziehungen zwischen der Beijinger Zentralregierung und der SVR Hongkong von Juli 1997 an") ist in einem hochkarätigen, ressortübergreifenden Gremium konzentriert: in der *Zentralen Führungsgruppe für Hongkong-Angelegenheiten*, die direkt unter dem Ständigen Ausschuß des Politbüros angesiedelt ist und von KP-Generalsekretär und Staatspräsident Jiang Zemin persönlich geleitet wird. Dieser Führungsgruppe gehören auch Ministerpräsident Li Peng, Außenminister Qian Qichen, der Direktor des Hongkong- und Macau-Büros der Zentralregierung, Lu Ping, sowie Vertreter der Zentralen Militärkommission und des Ministeriums für Staatssicherheit an. In Fragen, die sich speziell auf den Regelungsbereich eines Ressorts beziehen, werden die zuständigen Minister zur Konsultation hinzugezogen (Burns 1996). Die Entscheidungen dieses Gremiums bestimmen die allgemeine Richtung und die Prinzipien der Hongkong-Politik Beijings, die in den neunziger Jahren auf einem relativ stabilen Konsens ruhte: Die unterschiedene Abwehr britischer Reformvorstöße und der Ausbau der eigenen Kontrollstrukturen in Hongkong waren in der chinesischen Führung nicht umstritten. Unterhalb der höchsten Entscheidungsebene aber setzte schon seit den achtziger Jahren eine heftige Konkurrenz zwischen Staatsinstitutionen verschiedener Ebenen (unter Einschluß verschiedener Branchenministerien, Provinzregierungen und Armeekommandos sowie zahlloser Staatskonzerne ein), die schon heute eine große Bedeutung für die konkrete Umsetzung der Hongkong-Politik und für die in Hongkong wirksamen chinesischen Interessen besitzen (Lo 1994).

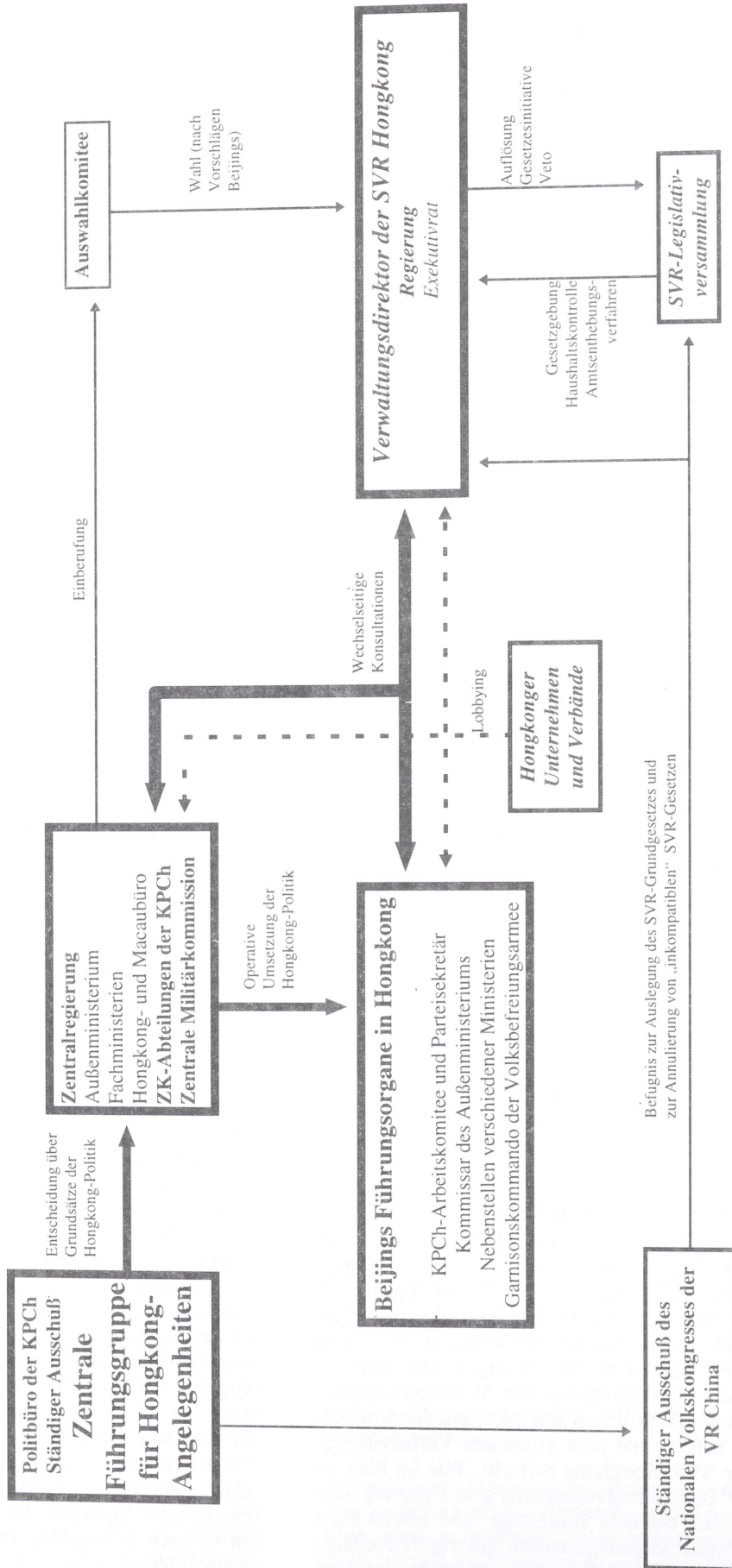
Auf der operativen Ebene der Hongkong-Politik spielt das *Hongkong- und Macau-Büro des Staatsrates* unter der Leitung von Lu Ping eine Schlüsselrolle in der Koordinierung politischer Initiativen Beijings. Dieses Büro stellt gleichsam die Brücke zwischen der zentralen Entscheidungsebene und den chinesischen Institutionen dar, die in Hongkong selbst operieren. Dieses Organ hält auch die Verbindung zum Arbeitskomitee der Volksbefreiungsarmee, das sich mit den militärischen Aspekten des Souveränitätswechsels befaßt, und zum offiziellen Vorbereitungskomitee für die SVR Hongkong aufrecht. Wie Lu Ping im März bei einer Diskussionsveranstaltung in Hamburg sagte, handelt es sich bei dem Hongkong- und Macau-Büro nicht um ein "Machtorgan", sondern um ein "Arbeitsorgan", dessen Entscheidungsbefugnisse begrenzt sind und

dessen Hauptaufgabe darin besteht, für eine möglichst reibungslose Koordinierung der hongkongpolitischen Initiativen Beijings zu sorgen (Lu 1997).

In Hongkong selbst bildet die *Hongkonger Zweigstelle der Xinhua-Nachrichtenagentur* bislang die Kerninstitution der Beijinger Hongkong-Politik (Burns 1990; Zhang 1993). Die Nachrichtenagentur dient als Mantelorganisation für ein *inoffizielles Hongkong- und Macau-Arbeitskomitee der KPCh*, dessen Parteisekretär (zugleich Direktor der Nachrichtenagentur) seit den achtziger Jahren unverhohlen als Statthalter Beijings in Hongkong agiert. Die Xinhua-Zweigstelle in Hongkong ist für die Propaganda- und "Einheitsfront"-Arbeit gegenüber der Hongkonger Gesellschaft zuständig, überwacht die von China kontrollierten Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften, Medien und Geheimdienste sowie die (Untergrund-)Parteiorganisation. Im Laufe des britisch-chinesischen Konflikts über politische Reformen in den neunziger Jahren trug Beijings Vorposten in Hongkong aktiv dazu bei, die britische Kolonialregierung durch den Aufbau einer politischen Parallelstruktur zu unterminieren und die Übernahme der Souveränität durch Beijing vorzubereiten. Die mit der Bildung einer chinatreuen "Einheitsfront" unter nichtkommunistischen Kräften in Hongkong betrauten Funktionäre der Xinhua-Zweigstelle haben in den neunziger Jahren organisatorische Strukturen bis hinunter zur Bezirksebene aufgebaut und die Gründung zahlreicher gesellschaftlicher Vereinigungen (von Frauen- bis zu Wissenschaftsorganisationen) befördert. Daß Funktionäre der Xinhua-Zweigstelle inzwischen häufiger als Ehrengäste etwa zu Neueröffnungen von Betrieben oder Kanzleien eingeladen werden als Beamte der Hongkonger Verwaltung, läßt sich als bedenkliches Zeichen deuten: Offenbar wird die inoffizielle Vertretung Beijings schon heute als einflußreicher angesehen als die einheimische Verwaltung (*SCMP*, 24.11.1996). Was mit der Xinhua-Zweigstelle nach dem 1. Juli 1997 geschehen soll, ist in Beijing noch nicht endgültig entschieden: Mehrere leitende Kader, darunter der Xinhua-Direktor Zhou Nan, haben angekündigt, daß sie nach diesem Zeitpunkt in den Ruhestand gehen werden. Ob die Xinhua-Zweigstelle in ihren Funktionen durch ein neues Organ - etwa durch die offizielle Vertretung des chinesischen Außenministeriums in Hongkong - abgelöst wird, ist derzeit noch unklar. In jedem Falle aber wird die Organisation der KPCh in Hongkong nach dem Machtwechsel einer umfassenden Neuordnung unterzogen werden.

Die in Hongkong nur verdeckt operierende *Kommunistische Partei Chinas* könnte derzeit nach auseinandergehenden Schätzungen zwischen zehn- und sechzigtausend Mitglieder in Hongkong zählen (darunter viele Kader aus in Hongkong ansässigen chinesischen Unternehmen). Die KPCh bildet damit de facto schon heute die mitgliederstärkste Partei in Hongkong, ist aber weiterhin nicht als Organisation registriert und legalisiert. Beijing hat zu erkennen gegeben, daß die Partei nach dem 1. Juli 1997 in Hongkong weiterhin nicht offen agieren wird (siehe die Interviewaussagen des chinesischen Außenministers Qian Qichen, *AWSJ*, 2.12.1996). Auch die Beziehungen zwischen dem SVR-Verwaltungsdirektor und KPCh-Organen in Hongkong ist ungeklärt. Da die Parteisekretäre in der VR China einen höheren Rang in der politischen Hierarchie einnehmen als die jeweiligen Verwaltungsleiter, könnte eine ungeklärte Konkurrenzbeziehung von Anfang an zu einer Aushebelung der Autorität des Verwaltungsdirektors führen.

Die politischen Beziehungen zwischen der Beijinger Zentralregierung und der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong von Juli 1997 an



Darüber hinaus wird auch die *Volksbefreiungsarmee* mit einer zehntausend Mann starken Garnison in Hongkong präsent sein, die als Symbol des chinesischen Souveränitätsanspruchs und der Verteidigungsbereitschaft dienen soll, im Ernstfall (das heißt nach Verhängung eines Ausnahmezustandes) aber auch zur Niederschlagung innerer Unruhen eingesetzt werden kann. Im 1997 von Beijing verabschiedeten Stationierungsgesetz wird den nach Hongkong entsandten Einheiten streng untersagt, sich in die Politik und Wirtschaft Hongkongs einzumischen. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die aktive und umstrittene Rolle, die armenenahen Unternehmen in Hongkongs Wirtschaft schon heute spielen. Mit den Bestimmungen des Stationierungsgesetzes sollen kommerzielle Aktivitäten der Garnisonseinheiten verhindert werden (die zahlreichen anderen armenenahen Unternehmen, die schon jetzt in Hongkong operieren, sind von diesem Verbot allerdings nicht betroffen). Mit der Regelung der militärischen Aspekte der Übernahme Hongkongs ist seit 1993 eine hochrangige Beijinger Arbeitsgruppe betraut, die direkt der Zentralen Militärkommission und dem VBA-Generalstab untersteht (zu den diversen Aktivitäten und Interessen der VBA im Hinblick auf Hongkong siehe *Guangjiaojing*, 1993/6, S.12-14; *Jingbao*, 1994/6, S.18-10; *Zhengming*, 1994/2, S.22-24; McMillen 1994). Auch hierin zeigt sich die hochgradige Zentralisierung der Entscheidungsfindung, die für die chinesische Hongkong-Politik kennzeichnend ist.

Die chinesische "Einheitsfront"-Politik in Hongkong

Von zentraler Bedeutung in der Hongkong-Strategie Beijings ist die sogenannte "Einheitsfront"-Politik, die vom Hongkong- und Macau-Büro des Staatsrates und von der Xinhua-Zweigstelle in Hongkong aktiv betrieben wird: das Schmieden von Allianzen mit nichtkommunistischen Kräften der Hongkonger Gesellschaft. In der Tat haben die chinesischen Bemühungen auf den ersten Blick große Erfolge zu verzeichnen: In Hongkong bekennen sich viele führende Unternehmer, einige mächtige Wirtschaftsverbände, die größte Gewerkschaftsorganisation und mehrere Parteien zu chinafreundlichen Positionen und pflegen enge Kontakte zu chinesischen Stellen (siehe den unteren Teil des Schaubilds "Chinas Kontrollstrukturen in der Sonderverwaltungsregion Hongkong").

Als entscheidende Stütze für Beijings Politik hat sich in den neunziger Jahren die Hongkonger Wirtschaftselite erwiesen, die durch die mächtigen Köpfe international operierender Unternehmens- und Investmentgruppen repräsentiert wird. Von der demokratischen Opposition Hongkongs wurde immer wieder hervorgehoben, wie befremdlich es sei zu sehen, wie "die Hohenpriester des Hongkonger Kapitalismus sich während ihrer Pilgerfahrten nach Beijing vor dem Altar des Kommunismus verbeugen." (zitiert nach *SCMP Weekly*, 18.-24.9.92). Tatsächlich besteht etwa die Gruppe der von Beijing ernannten "Berater in Hongkong-Angelegenheiten" zu einem Großteil aus Hongkonger Magnaten, die sich von ihrer Unterstützung der Politik Beijings handfeste wirtschaftliche Vorteile versprechen und meist in der Beijing-freundlichen Chinesischen Haupthandelskammer Hongkongs organisiert sind. Auch in dem Auswahlkomitee zur Wahl des ersten SVR-Verwaltungsdirektors (Tung Chee-hwa gehört ebenfalls zum Kreis der Großunternehmer) dominierten Ge-

schäftsleute. Beijing hatte immer darauf hingewiesen, daß nach dem 1. Juli 1997 Hongkonger - und nicht mehr Briten - Hongkong regieren würden (*Gangren zhi Gang*). Inzwischen kann kaum ein Zweifel mehr daran bestehen, daß es vornehmlich Geschäftsleute aus Hongkong sind, die die Sonderverwaltungsregion Hongkong regieren werden (*shangren zhi Gang*) (Béja 1997: 6).

Die auf den ersten Blick machtvolle "Einheitsfront", die Beijing in Hongkong geschmiedet hat und die vom *Big Business* bis zu Gewerkschaftsaktivisten ein großes soziales Spektrum einschließt, weist jedoch erhebliche Spannungen auf. In den letzten Jahren wurde etwa von Beijing-freundlichen Gewerkschafts- und Parteivertretern immer wieder Kritik am unzureichenden Schutz der Arbeitnehmerrechte in Hongkong erhoben und ein Ausbau des Systems der sozialen Sicherung gefordert. Beide Ziele stehen im Konflikt mit den Interessen der Beijing-freundlichen Unternehmerschaft. In Fragen der Arbeitnehmerrechte und des Sozialsystems bestehen zwischen chinanahen Populisten im Hongkonger Gewerkschaftsbund (FTU) und Beijing-kritischen Vertretern der Demokratischen Partei weitreichende programmatische Gemeinsamkeiten, die keineswegs im Sinne Beijings sind (*The Economist*, 23.9.1996, S.62-64). Solche Spannungen könnten schon bald zu Rissen in der "Einheitsfront" führen. 1989 hatte sich gezeigt, daß die in Beijings Gunst stehenden Hongkonger Organisationen und Medien sich in einer Krisensituation nicht durchweg als loyal erwiesen. Solche Ausbrüche aus der "Einheitsfront" sind auch in Zukunft nicht auszuschließen und lassen Beijings Kontrolle über Politik und Gesellschaft Hongkongs keineswegs als gesichert erscheinen.

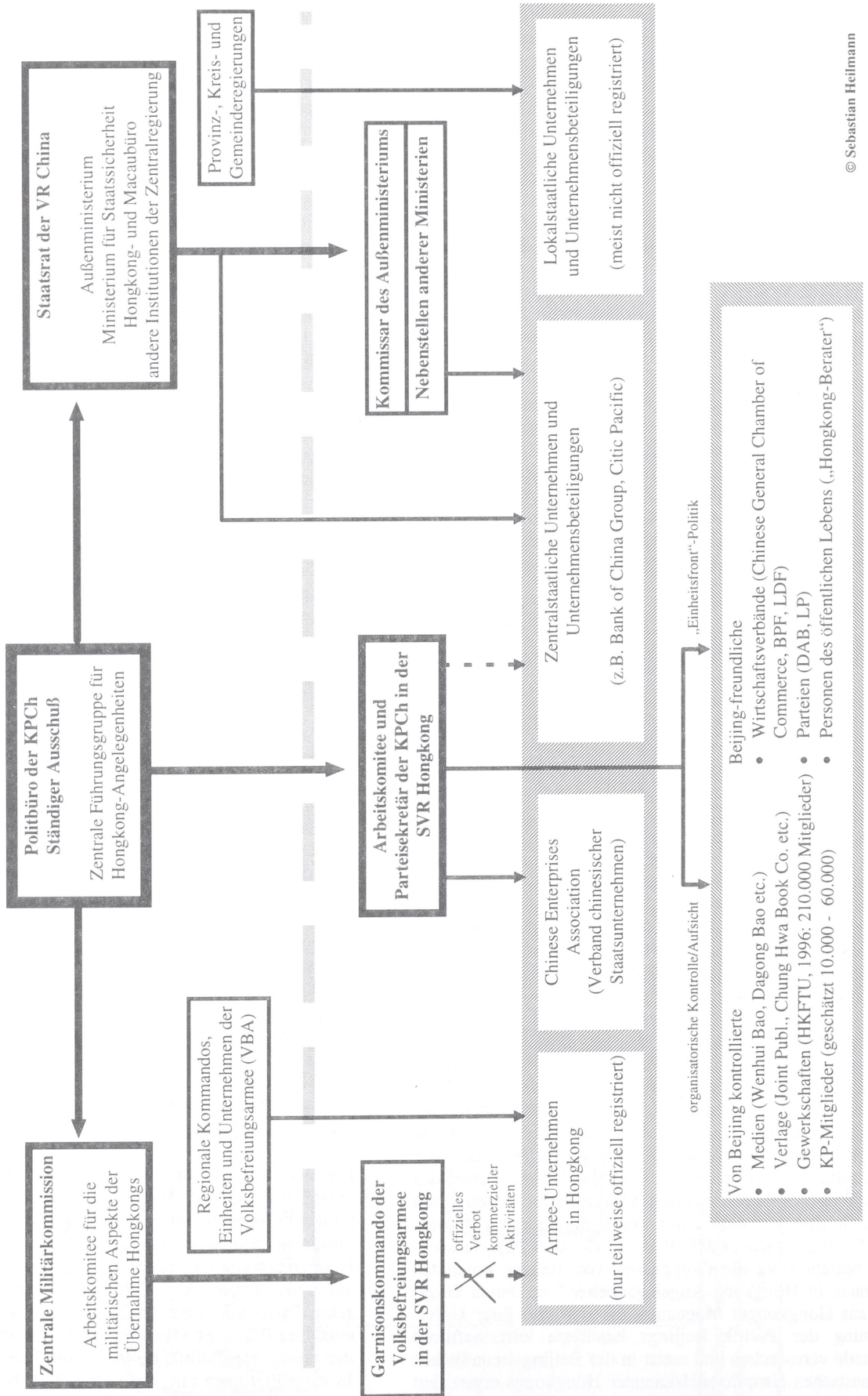
Die Beziehungen zwischen dem SVR-Verwaltungsdirektor und Beijing

Entscheidende Bedeutung für die politischen Autonomiechancen der SVR Hongkong wird die konkrete Ausgestaltung der Beziehungen zwischen dem Verwaltungsdirektor Tung Chee-hwa und Beijing erlangen. Tung hat in seinen bisherigen Stellungnahmen und während seiner Beijing-Reisen hervorgehoben, daß nicht die offene Konfrontation, sondern nur eine geduldige Konsultation (*xieshang*) mit Beijing im Interesse Hongkongs sein könne (Tung 1996). Die Spielregeln im Verhältnis zwischen Beijing und der Hongkonger Verwaltungsspitze sind noch nicht etabliert. Vieles wird davon abhängen, wie die ersten Monate nach der Übergabe verlaufen und welche eigenständigen Gestaltungsspielräume Tung Chee-hwa in dieser Phase für sich behaupten kann.

Die Beijinger Führung hat jüngst mehrfach nachdrücklich versichert, daß sie Hongkong tatsächlich als neuartige politische Einheit völlig anders als innerchinesische Provinzen behandeln werde. Jiang Zemin hat die Übernahme Hongkongs zur Chefsache gemacht und im Herbst 1996 auf einer Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei mit ungewöhnlicher Schärfe vor Alleingängen einzelner Beijinger Ministerien oder Provinzregierungen in der Hongkong-Politik gewarnt (*Jingbao*, 1996/12, S.27). In Konsultationen mit Tung Chee-hwa haben Jiang Zemin und Li Peng mehrere Prinzipien ihrer Hongkong-Politik hervorgehoben: Beijing werde in der Regelung der Hongkong-Angelegenheiten streng nach dem "Grundgesetz für

Chinas Kontrollstrukturen in der Sonderverwaltungsregion Hongkong

V R C H I N A S V R H O N G K O N G



die SVR Hongkong" verfahren und sich in keinem Fall in die darin festgelegten Kompetenzbereiche der Hongkonger Verwaltung einmischen. Falls der künftige Verwaltungsdirektor in seiner Tätigkeit auf gravierende Schwierigkeiten stoßen sollte (explizit angesprochen wurden ungemütliche Aktivitäten und Interventionen von chinesischen Provinzstellen), für deren Bewältigung die Unterstützung der Zentralregierung nötig sei, werde Beijing tatkräftige Hilfe leisten. Tung Chee-hwa werde direkten Zugang zum Ministerpräsidenten beziehungsweise zu einem für Hongkong-Angelegenheiten zuständigen Stellvertretenden Ministerpräsidenten haben (Lu Ping 1997; *Guangjiaojing*, 1997/1, S.6-8; *Jingbao*, 1996/12, S.26; *Zhengming*, 1997/1, S.12-13).

Was diese Bekenntnisse tatsächlich wert sind, wird erst die politische Praxis in den kommenden Monaten und Jahren zeigen. Bislang gab Beijing in konkreten Fragen etwa der *Haushaltspolitik* oder der *Personalpolitik* widersprüchliche Signale:

- * In den Abstimmungen einer chinesisch-britischen Arbeitsgruppe über den Hongkonger Haushalt 1997-1998 waren 19 Gesprächsrunden notwendig, um die chinesische Seite von der Solidität der Etatpläne zu überzeugen. Der chinesische Chefunterhändler hatte wiederholt deutlich gemacht, daß Beijing mit Rücksicht auf die fiskalische Gesundheit Hongkongs kein Interesse an einer Erhöhung der Sozialausgaben habe. Denn dies könne dazu führen, daß Hongkongs Wirtschaftskraft "wie ein Formel-I-Rennwagen beim Crash" schlagartig zerstört würde. Die Regierungsausgaben dürften nicht rascher als die Wirtschaft wachsen (*SCMP*, 14.3.1997). Wenn solche Beijinger Eingriffe auch in Zukunft stattfinden, ist es fraglich, wie weit die Finanzautonomie der SVR Hongkong in der Realität reichen wird.
- * Andererseits hat Beijing dem neuen Verwaltungsdirektor Tung Chee-hwa in der Personalpolitik erstaunlich freie Hand gelassen, indem alle von Tung für höchste Ämter vorgeschlagenen Spitzenbeamten von Beijing fast postwendend bestätigt wurden. Praktisch alle Behördenleiter der bisherigen Hongkonger Administration werden somit in die SVR übernommen, so daß ein hohes Maß an Kontinuität in der Verwaltungsführung gewährleistet sein wird. Die Zurückhaltung Beijings ist deshalb besonders überraschend, weil der Personalpolitik in der VR China eine überragende Bedeutung als Mittel politischer Kontrolle im Sinne der Zentrale gegenüber regionalen Führungen zukommt.

Die SVR-Verwaltungsführung um Tung Chee-hwa wird sich in den ersten Monaten und Jahren mehreren Schlüsselherausforderungen gegenübersehen. Sie wird nicht nur die Kontinuität, Leistungsfähigkeit und relative Korruptionsfreiheit in der öffentlichen Verwaltung sichern, den Finanz- und Handelsplatz Hongkong durch Vertrauensbildung unter internationalen Wirtschaftspartnern fördern und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Taiwan trotz ihrer politischen Sensibilität konstruktiv weiterentwickeln müssen. Vielmehr muß sie um Legitimität und Akzeptanz in der Hongkonger Bevölkerung werben und nach einem *modus vivendi* mit den chinakritischen Parteien und gesellschaftlichen Kräften suchen. Noch wichtiger aber wird es sein, zur Wahrung eigenständiger Gestaltungsmöglichkeiten faire Spielregeln für die Konsultationen mit der

Beijinger Führung einzuüben sowie Eingriffe von seiten regionaler Führungen und von Staats-/Armeeunternehmen aus der VR China in die Wirtschaft und Verwaltung Hongkongs abzuwehren.

Herausforderungen für Beijing infolge der Übernahme Hongkongs

Meist werden im Hinblick auf den Souveränitätswechsel nur die Folgen für Hongkong erörtert. Oft geht vergessen, daß die Übernahme Hongkongs für Beijing mindestens genauso viele Probleme mit sich bringen wird (Yahuda 1996). Die "Heimkehr Hongkongs" könnte für Beijing sogar zu einer größeren Herausforderung werden als für das anpassungsfähige Hongkong. Wenn die Formel "Ein Land, zwei Systeme" in Hongkong tatsächlich mit Leben gefüllt werden und Hongkong als weitgehend autonomes Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet prosperieren sollte, wird die Stadt einen erheblichen Einfluß auf die innere Entwicklung in der VR China nehmen: Hongkong könnte zu einem Leitbild wirtschaftlicher und bürgerlicher Freiheiten werden, das erheblich zur Erneuerung des Wirtschafts- und Herrschaftssystem in der VR China beitragen dürfte. Es ist allerdings sehr fraglich, ob Beijing eine solche Entwicklung dulden und darauf nicht mit politischer Repression antworten würde. Wenn es andererseits nicht gelingt, nach der Übernahme die Autonomie und Prosperität der Sonderverwaltungsregion zu sichern, hätte dies massive Auswirkungen nicht nur auf die Wirtschaft Chinas und Hongkongs, sondern auch auf die Taiwan-Frage. Denn dadurch wäre das Beijinger Modell der Wiedervereinigung diskreditiert und hinfällig. Für Beijing bliebe dann praktisch nur noch die militärische Intervention als Strategie der Wiedervereinigungspolitik. Kurz: die Übernahme Hongkongs stellt für Beijing sowohl im Erfolgs- als auch im Mißerfolgsfall eine große politische Herausforderung dar. Das kleine Hongkong könnte große Neuerungen für ganz China mit sich bringen.

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß Beijing die Macht besitzt, die wirtschaftlichen Erfolgsgrundlagen Hongkongs durch gezielte politische Eingriffe innerhalb kurzer Zeit zu zerstören. Der Direktor des Hongkong- und Macau-Büros, Lu Ping, hat vor einigen Jahren unmißverständlich deutlich gemacht, wann es dazu kommen könnte: "Hongkong war immer eine Stadt der Wirtschaft und nicht eine Stadt der Politik". Wenn irgendjemand Hongkong zur Einmischung in die chinesische Politik benutzen sollte, dann "hätte Hongkong für China einen negativen und keinen positiven Wert mehr. Dies wäre verhängnisvoll für Hongkong" (zitiert nach *FEER*, 19.5.1994, S.24).

Diese fast unverhohlene Drohung dürfte deutlich machen, daß Beijing sich keineswegs sicher ist, die Entwicklung in Hongkong im Griff zu haben. Aus der Sicht Beijings besteht eine der dringendsten Aufgaben darin, chinakritische gesellschaftliche Kräfte und politische Organisationen in Hongkong möglichst rasch auszuschalten oder zumindest zu neutralisieren. Beijing mußte jedoch lernen, daß im pluralistischen Umfeld Hongkongs solche Kräfte trotz aller politischer Übermacht nicht mit einem Handstreich zum Schweigen zu bringen sind. Eine "Neu-Kolonisierung" Hongkongs durch die chinesischen Machthaber, die im Aufbau vielgestaltiger Kontrollstrukturen durch Beijing angelegt ist, wird durch solche Kräfte gehemmt. Je stärker

sich aber Beijing herausgefordert sieht, desto entschiedener wird es die Kontroll- und Aufsichtsinstitutionen gegenüber Hongkong ausbauen.

Soziokulturelle Integration: Die Hongkongisierung Südchinas

Viele politische Befürchtungen Beijings haben ihren Grund nicht in der wirtschaftlichen Stärke Hongkongs, sondern in dessen soziokultureller Ausstrahlung: Hongkong wird als Quelle eines Lebensstils und von Wertorientierungen verstanden, die "subversiv" auf die Herrschaftsordnung in der VR China einwirken könnten. Im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich hat sich Hongkong als Zentrum und Trendsetter zumindest für Südchina etabliert. Der sogenannte "Südwind", der von Hongkong aus nach China hineinbläst, führt eine gemischte chinesisch-westliche Version der Moderne mit sich, die eine überaus große Anziehungskraft auf die Chinesen jenseits der Grenze ausübt.

Der von den Hongkonger Medien über die Grenze transportierte Lebensstil hat maßgeblichen Einfluß auf die Vorstellungen, die sich Chinesen aus der Volksrepublik von einem guten Leben machen. Hongkonger *soap operas*, *gongfu*-Filme und Unterhaltungsshow dominieren das Fernsehprogramm in den angrenzenden Regionen der VR China. Hinter all diesen Veränderungen steht das starke Bedürfnis, so zu leben und sich so zu benehmen wie die Menschen in Hongkong: Hongkong ist zur Vision des guten Lebens, des hochkarätigen Konsums und einer verheißungsvollen Moderne schlechthin geworden (Guldin 1995).

Bereits in den achtziger Jahren machten Erhebungen über den Radio- und Fernsehkonsum der Südchinesen deutlich, daß die kommerziellen Hongkonger Sender den staatlichen chinesischen Anstalten den Rang abgelaufen hatten: Mehr als die Hälfte der Radiohörer bevorzugte Hongkonger Sender, nur noch etwa ein Zehntel verfolgte das Programm des Zentralen Volksradios. Im Hinblick auf die Fernsehgewohnheiten bekannten sich schon Ende der achtziger Jahre 79% der Zuschauer dazu, regelmäßig Hongkonger Sender einzuschalten, wobei neben den lebendigen Filmen, Sportsendungen und Unterhaltungsshow insbesondere die attraktiven Werbespots aus Hongkong großes Gefallen finden (Guldin 1995).

Im Perlfußdelta wurden Mitte der neunziger Jahre vier von acht Fernsehkanälen durch Hongkonger Sender besetzt. Fernsehsendungen aus Hongkong sind in der Provinz Guangdong inzwischen als "innerchinesische" Programme akzeptiert. Die Guangdonger staatlichen Sender gehen kreativ mit der Hongkonger Konkurrenz um: Einerseits verstärken sie die Attraktivität der eigenen Programme durch Ankauf westlicher oder Hongkonger Filme und Shows. Andererseits nutzen sie die Werbepausen des Hongkonger Fernsehens, um auf derselben Frequenz eigene Werbespots in die Hongkonger Sendungen einzublenden. Der Einfluß der Hongkonger Film- und Pop-Kultur greift in den neunziger Jahren weit über den engeren kantonesischen Raum hinaus. So ergab etwa 1994 eine Umfrage unter Fernsehzuschauern in Nanjing (Provinz Jiangsu), daß sich unter den "zehn größten Idolen" der Befragten gleich neun Film- und Popstars aus Hongkong und Taiwan fanden. Das Hongkonger Vorbild wirkt sich nachweislich auch auf die Inneneinrichtung chinesischer

Wohnungen sowie auf den Status von Konsumgütern und Markennamen allgemein aus. Hongkongs Einfluß geht jedoch zusehends über das Konsumverhalten hinaus: In südchinesischen Städten ist es in den letzten Jahren gelegentlich zu öffentlicher Kritik und Protesten gegen überhöhte örtliche Schulgebühren oder auch gravierende Umweltverschmutzungen gekommen. Solche Aktivitäten orientierten sich häufig an Vorbildern, die über das Hongkonger Fernsehen vermittelt worden waren (Kuan 1995).

Die gleichen Kantonesen, die noch vor 15 Jahren regelmäßig politische Studien über Marxismus und Mao-Zedong-Ideen in den späten Mittagsstunden besuchen mußten, konsumieren heute allabendlich Hongkonger Filme und Shows, die zuvor als Ausdruck kapitalistisch-westlicher Dekadenz verboten worden waren. Der Einfluß des in Hongkong erfundenen "Canto-Pop" macht selbst vor den lokalen Organen der Kommunistischen Partei nicht halt: Es sind schon Kreisparteisekretäre dabei gesichtet worden, wie sie in Diskotheken voller Begeisterung zu Hongkonger Popmusik tanzten.

Der von Hongkong geprägte kantonesische Kulturraum macht darüber hinaus auch bemerkenswerte linguistische Veränderungen durch, indem sich Hongkonger Redestil und Vokabular über das Perlfußdelta hinaus nach Nordchina verbreiten. Modische Lehnwörter aus Hongkong für Alltagsbegriffe wie "Taxi" oder "Polizei" werden inzwischen in weiten Teilen Chinas benutzt. Der Gebrauch des Hochchinesischen (*Putonghua*/"Mandarin") hat hingegen seit den achtziger Jahren im kantonesischen Sprachraum einen Rückschlag erlitten: In vielen Grundschulen Guangdongs wird überhaupt kein Hochchinesisch mehr unterrichtet, populäre Filme des nationalen Fernsehens werden häufig kantonesisch synchronisiert. Jugendliche in Südchina ahmen die Sprachstile von Hongkonger Fernsehstars nach, nordchinesische Geschäftsleute lernen Kantonesisch, Geschäftsnamen werden nach Hongkonger Vorbildern und Namensmoden gewählt, selbst die Wiedereinführung von Trinkgeldern für Serviceleistungen in Südchina und die steigende Popularität von Langzeichen gegenüber den offiziell gebräuchlichen verkürzten Schriftzeichen in der VR China werden auf den Hongkonger Einfluß zurückgeführt (Guldin 1995).

So dringt der kulturelle Einfluß Hongkongs in den neunziger Jahren immer weiter in das chinesische Hinterland vor und hat inzwischen sogar entferntere Provinzen jenseits des Yangzijiang (Changjiang) erreicht. Aus Hongkong kommende kulturelle Innovationen und Moden, die Kleidung, Sprache, Musik oder Lebensstil betreffen, sind zu Trendsettern in ganz China geworden. Der "Südwind" aus Hongkong trägt auf diese Weise ganz erheblich zur Öffnung und Pluralisierung der chinesischen Gesellschaft bei und macht deutlich, daß sich eine Eigendynamik des kulturellen Austauschs entfaltet hat, die sich der politischen Steuerung durch die chinesische Regierung weitgehend entzieht.

Wirtschaftliche Integration durch Privatunternehmer: Hongkong als Zentrum des "kantonesischen Wirtschaftsraums" und als institutionelles Leitbild

Seit Einleitung der Politik der Wirtschaftsreformen im Jahre 1979 ist es in Südchina zu einer fortschreitenden gegenseitigen Durchdringung zwischen zwei sehr unglei-

chen Ökonomien gekommen: der britischen Kronkolonie Hongkong und der zur VR China gehörenden Provinz Guangdong (einschließlich der Sonderwirtschaftszone Shenzhen an Hongkongs Grenze). Hongkong gilt als eine der am wenigsten regulierten und freiesten Marktwirtschaften der Welt: als Wirtschaftsmetropole, die durch ein Minimum an Regierungsinterventionen ins Wirtschaftsleben und somit auch durch ein Minimum an Wettbewerbsverzerrungen gekennzeichnet ist (Heritage Foundation/Wall Street Journal 1997). Guangdong stellt eine dynamische Provinzwirtschaft dar, die einen relativ hohen Grad an wirtschaftspolitischer Autonomie innerhalb des transitorischen Wirtschaftssystems der VR China genießt (Vogel 1989).

Hongkong und Guangdong sind im wirtschaftlichen Bereich inzwischen untrennbar miteinander verknüpft. Rund 60% der gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der VR China kommen aus oder via Hongkong, wovon der überwiegende Teil in die Provinz Guangdong fließt. Vier bis fünf Millionen Arbeitsplätze sind dort in Unternehmen entstanden, die von Hongkong aus gegründet wurden. Knapp 100.000 Hongkonger Manager arbeiten in der VR China, ein Großteil davon in Guangdong. Die "De-Industrialisierung" Hongkongs (mehr als vier Fünftel der Hongkonger Wertschöpfung werden inzwischen im Dienstleistungssektor erwirtschaftet) durch die Auslagerung der Produktionsstätten nach Guangdong erscheint als unumkehrbar. Andererseits ist auch die volksrepublikanische Präsenz in Hongkong im Bankenwesen, Handel und Tourismus beachtlich. Hierbei sind allerdings nicht nur Unternehmen aus der Provinz Guangdong beteiligt (siehe unten im Detail). So haben sich im Vorgriff auf die politische Übergabe die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Hongkong und der VR China in den letzten fünfzehn Jahren immer mehr verdichtet. Man könnte hier von einer antizipatorischen Integration sprechen (Heilmann 1995b).

Obwohl Hongkong somit wirtschaftlich aufs engste mit dem Festland verflochten ist, kann es nur deshalb mit so großem Erfolg als Mittler zwischen der VR China und der Weltwirtschaft fungieren, weil es zugleich aufs engste in die internationalen Märkte integriert ist. Diese einzigartige doppelte Einbindung hat Hongkong unerreichbare Vorteile gegenüber anderen Finanz- und Handelszentren in Ostasien eingebracht (Sung 1995).

Viele Hongkonger Firmen haben seit den achtziger Jahren begonnen, sich mit großem unternehmerischen Erfolg auf die Möglichkeiten einzustellen, die ihnen die Wirtschaftsreformen in der VR China bieten. Über die Initiative einzelner Unternehmen hinaus ergaben sich in den neunziger Jahren weitergehende Möglichkeiten für eine entscheidende gestalterische Rolle Hongkongs im chinesischen Modernisierungsprogramm (Bottelier 1996). Beijinger Regierungsstellen machen in den neunziger Jahren regen Gebrauch von dem Know-how, das sie in Hongkong etwa in Fragen der Börsenregulierung, des Aktienrechtes und der Devisenmärkte vorfinden. Politisch überraschend ist besonders die Tatsache, daß neuartige grenzübergreifende Aktivitäten von Hongkonger Wirtschaftsverbänden zu beobachten sind, die erhebliche Bedeutung für das Zusammenspiel von Regierung und Verbänden in der VR China insgesamt nach sich ziehen könnten.

So ist etwa der Hongkonger Versicherungsverband führend beteiligt bei der Reorganisation des nationalen Versicherungsverbandes der VR China und soll in enger Zusammenarbeit mit chinesischen Versicherungsgesellschaften und staatlichen Aufsichtsbehörden die Modernisierung des Versicherungswesens in der VR China mitgestalten. Der Hongkonger Verband hat Beijinger Stellen auch bei der Abfassung des zur Verabschiedung anstehenden Versicherungsgesetzes der VR China beraten. Die international erfolgreichen Hongkonger Dienstleister versprechen sich viel vom Zugang zu den noch unentwickelten Versicherungsmärkten der VR China (*Hong Kong Trader*, August 1996, S.11; September 1996, S.6). Auch andere Hongkonger Wirtschaftsverbände haben in den letzten Jahren Einfluß auf die wirtschaftspolitische Willensbildung in Beijing nehmen können. Ähnliches gilt für den Austausch zwischen chinesischen und Hongkonger Juristen über die Modernisierung des Rechts- und Justizsystems der VR China (Fung 1997).

Die Lern- und Innovationsprozesse, die in der VR China durch den intensivierten Kontakt mit Hongkonger Unternehmen, Institutionen und Fachleuten in Gang gesetzt werden, sind nicht auf den kantonesischen Wirtschaftsraum begrenzt: *Hongkong ist zum wichtigsten Impulsgeber für die institutionelle und rechtliche Erneuerung im chinesischen Wirtschaftssystem geworden*, und die Ausstrahlungskraft des Hongkonger Modells nach China hinein schafft günstige Bedingungen auch für die chinabezogenen Aktivitäten der Hongkonger Unternehmen.

Politisch-wirtschaftliche Integration durch Staatsmanager: Die Ausweitung des "Kaderkapitalismus" auf Hongkong

Das chinesische Wirtschaftssystem befindet sich in einem fundamentalen Wandlungsprozeß und hat sich inzwischen weit von den überkommenen sozialistischen Plan- und Kommandostrukturen wegentwickelt. Eine zentrale Besonderheit der chinesischen Übergangsordnung wird in westlichen Darstellungen allerdings häufig unterbewertet: die fehlende Differenzierung zwischen Politik und Wirtschaft in China, die unklare Grenzziehung zwischen politischer Macht und ökonomischem Erfolg. Die einfache Annahme, daß es sich bei Politik und Wirtschaft um zwei Systeme handele, die analytisch auseinanderzuhalten sind, gilt in China aufgrund des fortwirkenden Erbes der Staatswirtschaft nicht: Politische und bürokratische Einflußnahme auf die Unternehmen sowohl im Staats- als auch im Privatsektor ist dort allgegenwärtig. Wer in der chinesischen Wirtschaft erfolgreich ist, das wird in vielerlei Hinsicht immer noch durch Entscheidungen der kleinen und größeren Machthaber in der Partei- und Staatsbürokratie entschieden. Im folgenden wird dieses Phänomen mit dem Begriff des "Kaderkapitalismus" erfaßt (Heilmann 1996). Es handelt sich um eine Übergangsordnung, in der politische Manipulationen des Marktwettbewerbs und der unternehmerischen Erfolgchancen gang und gäbe sind. Politische und wirtschaftliche Eliten sind in einem solchen System entweder gar nicht zu trennen oder aber durch institutionelle und persönliche Beziehungen aufs engste miteinander verflochten.

In Hongkong finden sich eine außergewöhnlich freie, weltoffene Marktwirtschaft und eine "kleine Regierung". Das ökonomische System der VR China hingegen ist

durch einen "Kaderkapitalismus" gekennzeichnet, in dem Vertreter von Partei und Staatsverwaltung im Wirtschaftsleben allgegenwärtig sind. Werden sich diese "zwei Systeme" vom 1. Juli 1997 an in "einem Land" reibungslos miteinander vereinbaren lassen?

Voraussichtlich nicht. Denn es wird nahezu unmöglich sein, nach 1997 die Besonderheiten des politischen und wirtschaftlichen Systems der VR China aus Hongkong herauszuhalten. Für den unternehmerisch aktiven Teil der chinesischen Kaderschicht ist Hongkong seit den achtziger Jahren das wichtigste und bequemste Tor zur privaten Bereicherung geworden (Heilmann 1995a). Die vielzähligen chinesischen Staatsunternehmen, die in Hongkong operieren, dienen gleichsam als "trojanische Pferde" für den Einzug der chinesischen "Kaderunternehmer" in Hongkong (Kuan 1995).

An der Absicht Beijings, Hongkong zumindest in den ersten Jahren nach der Übernahme ziemlich große Autonomiespielräume einzugestehen, ist aus heutiger Sicht kaum zu zweifeln. Die Übernahme Hongkongs soll aus der Sicht der Beijinger Parteiführung zu einer großen Werbekampagne für das Modell "Ein Land, zwei Systeme" werden. Und diese Werbekampagne richtet sich weniger auf Hongkong als vielmehr auf Taiwan. Das, was Beijing mit Hongkong vorhat, entspringt nicht kurzfristigen Kalkülen, sondern einer längerfristigen Strategie der Wiedervereinigung auch mit Taiwan.

Das Grunddilemma hierbei ist, daß der Wille Beijings allein nicht garantieren wird, daß Hongkong als Handels- und Finanzplatz autonom bleibt. Schon heute ist die Aufsicht über die Vielzahl chinesischer Aktivitäten in Hongkong kaum mehr zu gewährleisten. Knapp 1.800 Unternehmen aus der VR China mit 53.000 Angestellten sind offiziell im Verband der Unternehmen mit chinesischer Beteiligung (*Xianggang Zhongzi qieye xiehui*) in Hongkong registriert. Diese Unternehmen kontrollieren fast die gesamte Nahrungsmittelversorgung Hongkongs, ein Fünftel des Hongkonger Handels, ein Viertel des Frachtverkehrs sowie mindestens ein Zehntel des Bau- und Immobiliensektors. Knapp 40 chinesische Konzerne sind an der Hongkonger Börse notiert und repräsentieren rund 10% der Marktkapitalisierung (*Xinhua Ribao*, 7.4.1997; *Xinwenbao*, 30.8.1996; *AWSJ*, 2.12.1996; *FT*, 24.2.1997).

Eine neuere OECD-Studie (Sung 1996) kommt jedoch zu dem Ergebnis, daß über die offiziell registrierten 1.800 Staatskonzerne hinaus bis zu 14.000 kleinere chinesische Unternehmen inoffiziell in Hongkong operieren. Fast alle diese Schattenunternehmen sind mit regionalen Regierungsbehörden (Provinz-, Kreis- und Gemeinderegierungen) aus der VR China, ein kleinerer Teil auch mit Einheiten der Volksbefreiungsarmee verbunden. Das Schaubild "Chinas Kontrollstrukturen in der Sonderverwaltungsregion Hongkong" gibt einen Überblick über die vielfältigen Beziehungen zwischen Regierungs- beziehungsweise Militärinstanzen aus der VR China und den ihnen unterstellten Unternehmen sowie über die politische Ökonomie der Kontrollstrukturen Chinas in Hongkong.

Zu diesen seit Jahren wachsenden Strukturen werden in Zukunft vermutlich neue machtvolle Spieler hinzukommen, die von Beijing gezielt gefördert werden: Auf einer

hochkarätigen Zentralen Wirtschaftskonferenz wurde Ende 1996 in Beijing über den Aufbau chinesischer Multinationaler Unternehmen diskutiert. Dabei fand der Vorschlag großes Interesse, die Unternehmenszentralen ausgewählter chinesischer Großkonzerne (insbesondere Firmen mit international wettbewerbsfähigen Produkten und mit einer Hochtechnologiebasis) nach Hongkong zu verlegen, um das dortige Know-how und den Zugang zu internationalen Märkten zu nutzen (*SCMP*, 4.12.1996). Dies würde einerseits dem Standort Hongkong zusätzlichen Auftrieb geben. Andererseits aber würde die Ankunft höchstrangiger Staatsmanager aus China (diese Konzerndirektoren haben häufig den Rang stellvertretender Minister in der chinesischen Ämterhierarchie inne) eine große Gefahr für die offene Wettbewerbswirtschaft Hongkongs bedeuten. Bereits heute ist das Gewicht von chinesischen Großkonzernen in Hongkong wie etwa Citic Pacific und der Bank of China Group so groß, daß keineswegs gesichert ist, welchen Zugriff die künftige Verwaltungsführung der SVR Hongkong auf solche Unternehmen noch hat. Es scheint das unerklärte Ziel solcher kapitalstarker Staatskonzerne zu sein, strategische Sektoren der Hongkonger Wirtschaft über Unternehmensbeteiligungen mitzukontrollieren.

Schon heute genießen manche der in Hongkong operierenden chinesischen Staatsunternehmen aufgrund ihres politischen Hintergrundes eine Sonderrolle. Selbst an der Hongkonger Börse gibt es einige Anzeichen für politisch begründete Privilegien: Chinesische Konzerne werden nach Einschätzung einiger Hongkonger Börsenfachleute schon seit 1993 weniger strikt behandelt als örtliche Unternehmen. Die Transparenz und strenge Regulierung, die dem Hongkonger Kapitalmarkt zu so dynamischem Wachstum verholfen haben, könnten dadurch allmählich beschädigt werden (*AWSJ*, 2.12.1996). Kurz: Die Hauptgefahr besteht darin, daß die mächtigen Staatskonzerne aus China, wenn sie sich im Hongkonger Wettbewerbssystem nicht als leistungsfähig erweisen sollten, aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden politischen Hebel dieses System selbst beschädigen könnten.

In jedem Falle werden sich nach dem 1. Juli 1997 die Ambitionen aller möglichen Staatsmanager aus der VR China von Hongkong noch weniger fernhalten lassen als heute schon. Hongkong wird damit "chinesischer" werden und nicht mehr im heutigen Maße der Vorposten des Westens im chinesischen Raum sein. Die Zeit der Freiheit von politischen Marktverzerrungen wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu Ende gehen.

Aussichten der Integration zwischen Hongkong und der VR China

Um die Vielschichtigkeit der Beziehungen und Interessen zu veranschaulichen, wurden in diesem Aufsatz vier Dimensionen der Integration zwischen Hongkong und China unterschieden. Je nachdem, welche Dimensionen von Juli 1997 an in den Vordergrund treten, werden sich die Zukunftsperspektiven Hongkongs verschieben (siehe Schaubild "Prozesse der Integration zwischen Hongkong und der VR China"):

Prozesse der Integration zwischen Hongkong und der VR China

Soziokulturelle Integration	Ökonomische Integration		Politische Integration
<p>„Hongkongisierung“ Südkinas durch Hongkongs Medien, Konsum- und Popkultur</p>	<p>„Kantonesischer Wirtschaftsraum“, geschaffenen durch Hongkonger Unternehmer und Lokalverwaltungen in der Provinz Guangdong</p>	<p>System des „Kaderkapitalismus“ wird auf Hongkong ausgeweitet durch dort operierende zentral- und lokalstaatliche sowie armee-eigene Unternehmen aus der VR China</p>	<p>„Neu-Kolonisierung“ Hongkongs durch Interventionen und Kontrollorgane der Beijinger Zentralregierung</p>
<p>Hongkong als soziokulturelles Zentrum</p>	<p>Hongkong als ökonomisches Zentrum</p>	<p>Hongkong als politisch-ökonomische Peripherie</p>	<p>Hongkong als politische Peripherie</p>

- * Die soziokulturelle Integration wird durch eine fortschreitende *Hongkongisierung Südchinas* angetrieben. Hongkong mit seinen kommerziellen Medien und seiner Konsum-/Popkultur nimmt beträchtlichen Einfluß auf Gesellschaft und Kultur jenseits der Grenze und ist in dieser Hinsicht zum Trendsetter geworden.
- * Im Rahmen des seit 1979 gewachsenen grenzübergreifenden *kantonesischen Wirtschaftsraumes* (Provinz Guangdong, Sonderwirtschaftszone Shenzhen und Hongkong) bildet Hongkong das unbestreitbare ökonomische Zentrum. Mit dem Hongkonger Wirtschaftsliberalismus könnten sich allmählich freiheitliches Gedankengut und moderne Rechtsinstitutionen in ganz China ausbreiten und Hongkong damit nicht nur soziokulturelle und wirtschaftliche, sondern längerfristig auch politische Prägestärke gewinnen.
- * Dem wirkt allerdings entgegen, daß der *chinesische "Kaderkapitalismus"* in Gestalt zentral- und lokalstaatlicher sowie armenaher Unternehmen aus der VR China beständig auf Hongkong ausgreift. Hongkong ist in diesem Kontext lediglich eine politisch-ökonomische Peripherie, die als Sprungbrett für mächtigere Interessen aus der VR China dient. Die Perspektiven einer unparteiischen Rechtsprechung und einer korruptionsfreien Verwaltung sind aus dieser Sicht als wenig verheißungsvoll einzuschätzen.
- * Die politische Integration Hongkongs in die VR China könnte nach heutigem Ermessen auf eine *"Neu-Kolonisierung"* durch Kontrollorgane und Interventionen der Beijinger Zentralregierung hinauslaufen. Hongkong wird auch unter chinesischer Herrschaft nur eine einflußschwache politische Peripherie bleiben. Die Exekutive der künftigen SVR wird insbesondere in politisch sensiblen Fragen von Beijing instruiert und eine nur nominell autonome Regierung darstellen. Die Chancen für eine Fortdauer oder gar einen Ausbau der Freiheits- und Mitwirkungsrechte, die der Hongkonger Bevölkerung unter britischer Herrschaft (insbesondere unter Gouverneur Patten) gewährt wurden, sind vor diesem Hintergrund gering zu werten.

Das *worst-case*-Szenario des Kollapses der Wirtschaftsmetropole Hongkong und einer Entwicklung vom "NIC" (Newly Industrialized Country) zum "CRIC" (Collapsing Recently Industrialized Country), wie sie Chalmers Johnson schon 1984 warnend beschrieben hat, erscheint nur denkbar, wenn es zu einem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und zu einem Machtvakuum in Chinas Provinzen kommt. Ein solcher umfassender Ordnungszusammenbruch, der unkontrollierbare Massenzuwanderung, soziale Unruhen und Unregierbarkeit in Hongkong nach sich ziehen dürfte, erscheint allerdings aufgrund der jüngeren Konsolidierungstendenzen in der VR China derzeit nicht wahrscheinlich (Heilmann 1997).

Die wirtschaftlichen und politischen Autonomiechancen Hongkongs werden somit entscheidend davon abhängen, wie sich der Saldo aus den vier erörterten Dimensionen der Integration in den kommenden Jahren darstellt. Zur Zeit sieht es nicht danach aus, als wolle Beijing Hongkong einfach das chinesische Herrschaftssystem überstülpen. Dennoch wird es nahezu unmöglich sein, die künftige Sonderverwaltungsregion Hongkong gegenüber den politisch-wirtschaftlichen Strukturen zu isolieren, die schon in den letzten Jahren aus der VR China nach Hongkong hin-

eingewuchert sind. *Die Spielregeln in der Hongkonger Wirtschaft und Politik werden sich damit schrittweise, aber grundlegend ändern. Politische Eingriffe in das Marktgeschehen und in das Rechtssystem werden zunehmen.*

Aufgrund der gewaltigen Möglichkeiten, die sich für Hongkong mit dem weltwirtschaftlichen Aufstieg Chinas bieten, werden diese Veränderungen jedoch zumindest mittelfristig nicht das Ende der Prosperität bedeuten. Hongkong wird auf absehbare Zeit - allen Shanghaiern Anstrengungen zum Trotz - Chinas internationales Finanz- und Handelszentrum bleiben und besitzt die einzigartige Gelegenheit, den Aufbau moderner Finanz- und Dienstleistungsmärkte in der VR China entscheidend mitzugestalten. Die Chancen für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Dynamik in Hongkong stehen aus heutiger Sicht also keineswegs schlecht, auch wenn die ungewissen politischen Rahmenbedingungen eine beständige Gefährdung darstellen.

LITERATUR

- Basic Law (1990), "The Basic Law of the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China", abgedruckt in: *China aktuell*, Hamburg, April 1990, S.293-307.
- Béja, Jean Philippe (1997), "Hong Kong Two Months Before the Handover: One Territory, Two Systems?", in: *China News Analysis*, No.1583 (15 April 1997), S.1-10.
- Berger, Suzanne/Lester, Richard (Hg.) (1997), *Made By Hong Kong*, Hongkong/Oxford.
- Bottelier, Pieter (1996) "How Hong Kong Can Help China Grow", in: *Asian Wall Street Journal*, 4.12.1996.
- Burns, John P. (1990), "The Structure of Communist Party Control in Hong Kong", in: *Asian Survey*, No.8 (1990), S.748-65.
- Burns, John P. (1996), "Hong Kong and the Chinese Communist Model", in: *Asian Wall Street Journal*, 21.9.1996.
- Cassel, Dieter/Herrmann-Pillath, Carsten (Hg.) (1995), *The East, the West and China's Growth: Challenge and Response*, Baden-Baden.
- Chan, Hing Lin (1995), "Chinese Investment in Hong Kong: Issues and Problems", in: *Asian Survey*, Vol.35, No.10 (October 1995), S.941-954.
- Enright, Michael/Scott, Edith (Hg.) (1997), *The Hong Kong Advantage*, Oxford University Press.
- Fung, Daniel (1997), "Hong Kong: China's Guide to the Twenty-first Century: The Sherpa Paradigm", Vortrag auf der Fachtagung "Hongkong und China auf dem Weg in das Pazifische Jahrhundert" in Rostock am 24. April 1997.
- Ghai, Yash (1991), "The Past and the Future of Hong Kong's Constitution", in: *The China Quarterly*, No.128 (December 1991), pp.794-813.
- Guldin, Gregory Eliyu (1995), "Toward a Greater Guangdong: Hong Kong's Sociocultural Impact on the Pearl River Delta and Beyond", in: Kwok/So (1995), S.89-118.
- Heilmann, Sebastian (1995a), "Beijing and the 1997 Takeover of Hong Kong: Centralized Political Control and the Promise of Autonomy", in: Cassel /Herrmann-Pillath (1994), S.233-248.

- Heilmann, Sebastian (1995b), "Der 'großchinesische Wirtschaftsraum' und seine politische Perspektive", in: Werner Draguhn (Hg.), *Politische Risiken und Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Engagements in Asien*, Hamburg 1995.
- Heilmann, Sebastian (1996), "Auf dem Weg zu einer postkommunistischen Gesellschaftsordnung: 'Kaderkapitalismus' in der Volksrepublik China", in: *Zeitschrift für Politik*, 43.Jg., Heft 4, S.375-393.
- Heilmann, Sebastian (1997), *Das politische System der VR China im Wandel*, Hamburg 1997.
- Heritage Foundation/Wall Street Journal (Hg.) (1997), *Index of Economic Freedom*, New York.
- Johnson, Chalmers (1984) "The Mousetrapping of Hong Kong: A Game in Which Nobody Wins", in: *Asian Survey*, September 1984, S.897-904.
- Joint Declaration (1984), "Gemeinsame Erklärung der Regierung der VR China und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland über die Hongkong-Frage", abgedruckt in: *China aktuell*, Hamburg, September 1984, S.533-543.
- Kuan, Hsin-chi (1995), "Hong Kong and Guangdong: Greater China or Greater Hong Kong?", in: Cassel/Herrmann-Pillath (1995), S.207-232.
- Kuan, Hsin-chi/Lau Siu-kai (1995), "The Partial Vision of Democracy in Hong Kong: A Survey of Popular Opinion", in: *The China Journal*, No.34 (July 1995), S.239-264.
- Kwok, Reginald Yin-Wang/So, Alvin Y. (Hg.) (1995), *The Hong Kong - Guangdong Link: Partnership in Flux*, Armonk/New York.
- Lam, Jermain T.M. (1993), "Chris Patten's Constitutional Reform Package: Implications for Hong Kong's Political Transition", in: *Issues and Studies*, July 1993, S.55-72.
- Liu, Zhaojia (Lau Siu-kai), "Xianggang de feizhinhua: Yingguo dui guanzhi nengli yu guangrong chetui de mixun" (Die Entkolonisierung Hongkongs: Englands Suche nach Regierungsfähigkeit und ehrenvollem Rückzug", in: *Guangjiaojing* (Weitwinkel), Hongkong, Nr.5, 1996, S.84-98.
- Lo, Shiu Hing (1994), "The Chinese Communist Party Elite's Conflicts over Hong Kong, 1983-1990", in: *China Information*, Vol.VIII, No.4 (Spring 1994), S.1-14.
- Lu, Ping (1997), "Hong Kong Beyond 1997", Vortrag und Diskussion in der Handelskammer Hamburg am 17.März 1997.
- McMillen, Donald Hugh (1994), "The PLA and Regionalism in Hong Kong", in: *The Pacific Review*, Vol.7, No.1, S.57-65.
- Miners, Norman (1991), *The Government and Politics of Hong Kong*, Fifth Edition, Hongkong/Oxford.
- Nieh, Yu-Hsi (1997), "Zur Zukunft Hongkongs", in: *China aktuell*, 1997/3, S.239-242.
- Ress, Georg (1988), "The Hong Kong Agreement and Its Impact on International Law", in: Jürgen Domes/Shaw Yu-ming (Hg.) (1988), *Hong Kong: A Chinese and International Concern*, Boulder and London, S.129-166.
- So, Alvin Y./Kwok, Reginald Yin-Wang (1995), "Socio-economic Center, Political Periphery: Hong Kong's Uncertain Transition Toward the Twenty-first Century", in: Kwok/So (1995), S.252-258.
- Sung, Yun-Wing (1995), "Economic Integration of Hong Kong and Guangdong in the 1990s", in: Kwok/So (1995), S.224-250.
- Sung, Yun-Wing (1996), "Chinese Outward Investment in Hong Kong: Trends, Prospects and Policy Implications", OECD, Technical Paper No.113 [OECD/GD (96) 53], Paris.
- Tung, Chee-hwa [Dong Jianhua] (1996), "Dong Jianhua tan weilai tequ shouyao gongzuo" (Tung Chee-hwa über seine Arbeitsschwerpunkte in der künftigen Sonderverwaltungsregion), in: *Guangjiaojing*, 1996/12, S.38-42.
- Vogel, Ezra (1989), *One Step Ahead in China: Guangdong Under Reform*, Cambridge/Mass. 1989.
- Wan, Xinping (1996), "Neidi yu Xianggang guanxi" (Die Beziehungen zwischen dem Landesinneren und Hongkong), in: Weng, Jieming et al. (Hg.), *1995-1996 nian Zhongguo fazhan zhuangkuang yu qushi* (Chinas Entwicklungslage und Entwicklungsrichtung in den Jahren 1995-1996), Beijing, S.329-357.
- Wang, Chenguang (1997), "A Case of Common Law Sense", in: *SCMP*, 6.5.1997.
- Wang, Yancheng (1996), *Xianggang de huigui* (Die Heimkehr Hongkongs), Beijing.
- Wong, Siu-lun (1996), "The Entrepreneurial Spirit: Shanghai and Hong Kong Compared", in: Y.M.Yeung/Sung Yun-wing (eds.), *Shanghai: Transformation and Modernization under China's Open Policy*, Hongkong, S.25-47.
- Yahuda, Michael (1996), *Hong Kong: China's Challenge*, London.
- Zhang, Hu (1993), "Zhonggong zai Xianggang de zuzhi gongzuo" (Die Organisationsarbeit der Kommunistischen Partei Chinas in Hongkong), in: *Zhongguo dalu yanjiu* (Studien über das chinesische Festland), No.5 (1993), S.92-103.